

Editorial

Liebe lesende Menschen!

Wieder einmal beginnt ein neues Semester und wieder einmal haltet ihr die neue Ausgabe der rot!ation in der Hand. Oder aber ihr seid neu an der Uni Göttingen und lest zum ersten Mal etwas von uns. Für diesen Fall möchten wir uns kurz vorstellen: Als Juso-HSG machen wir Politik mit dem Ziel einer solidarischen, demokratischen und offenen Hochschule. Wir möchten das Studium studierbar gestalten, Bildungshürden abbauen und die Möglichkeiten zur freien Entfaltung fördern. Hierfür setzen wir uns in verschiedenen Gremien wie dem Allgemeinen Studierenden-ausschuss (AStA), Fachschaftsräten, im Senat und mehreren Fakultätsräten ein. Mit unserer rot!ation begleiten wir das hochschulpolitische Geschehen und kommentieren aktuelle Entwicklungen.

Dabei versuchen wir immer über den Tellerrand der Universität hinaus zu schauen und auch gesamtgesellschaftliche Themen zu behandeln. Wenn du also Lust hast dich aktiv in das Geschehen an der Uni einzubringen, dann komm gerne bei uns vorbei. Dafür veranstalten wir zweimal zu Semesterbeginn Einstiegsabende (mehr auf Seite 3).

Zu guter Letzt möchten wir euch noch einen guten Start in die Vorlesungszeit wünschen. Lasst euch nicht hetzen, studiert, was euch interessiert und vergesst vor allem nicht, auch mal Freizeit zu haben.

Eure Juso-Hochschulgruppe

Und wo bleibe ich?

Her mit bezahlbarem Wohnraum!

Wohnraumsituation in Göttingen bleibt prekär und nicht hinnehmbar



Ein Dach über dem Kopf, eine passende Wohnung für uns Studierende ist in Göttingen keine Selbstverständlichkeit. Auch wenn die Situation nicht mit denen in Großstädten wie Hamburg oder gar München vergleichbar ist, so ist die momentane Wohnungssuche doch für viele von uns zäh und heikel. Gerade jetzt zu Semesterbeginn, wenn viele neue Erstsemesterstudierende in die Stadt strömen, wird das traurige Bild in Göttingen überdeutlich: Wenn neue Wohnungen entstehen, dann zumeist große, die zahlungskräftige potentielle Mieter*innen anlocken sollen. Kleinere und mittlere Wohngelegenheiten bleiben für uns Studierende dabei leider allzu oft auf der Strecke – in der Folge weist Göttingen in Niedersachsen mit 7,50 Euro

die zweit höchste Durchschnittsmiete pro Quadratmeter auf. Kleinere Wohnungen liegen mit rund 10 Euro häufig sogar noch darüber. Auf Wohnheimplätze des Studiwerks wartet man zudem oft weit länger als ein Semester.

Auch wenn die Situation im Umland von Göttingen, dem sogenannten „Speckgürtel“, sehr viel besser aussieht, die Mieten niedriger und das Angebot größer ist, so ist es doch ein Armutszeugnis für die öffentliche Hand, dass viele Studierende lange Anfahrtswege zur Universität in Kauf nehmen müssen. Innenstadtnahe und barrierefreie Unterkünfte müssen deshalb neu entstehen und die Mieten für vorhandenen Wohnraum müssen

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

unbedingt bezahlbar bleiben!

In diesem Wintersemester rechnet das Unipräsidium wiederum mit einer noch höheren Anzahl von Studienanfänger*innen als im letzten Jahr. Insbesondere die Unterbringung von ausländischen Studierenden wird mittlerweile kritisch, da diese bevorzugt Wohnheimzimmer beziehen und diese oft auf Jahre voll belegt sind.

Da wir nicht der Ansicht sind, dass sich die Lage auf dem Göttinger Wohnungsmarkt so schnell entspannen wird, fordern wir das Unipräsidium auf endlich zu handeln und Notunterkünfte für Studienanfänger*innen zur Verfügung zu stellen.

Die Juso-HSG Göttingen fordert: Gentrifizierung und Wohnraumangel müssen endlich ein Ende haben!

Die zuständigen Entscheidungsträger*innen bleiben jedoch weitestgehend tatenlos. Die Regulierung von Mietpreissteigerungen, die finanzielle Unterstützung durch Bundesmittel beim Bau neuer und energetisch nachhaltiger Wohnungen in den Städten, Zuschüsse für uns Studierende oder auch Azubis bei z.B. Nebenkosten und die Überführung lange Zeit leer stehender Gebäude von Privateigentum in öffentlichen Besitz – es gibt unzählige Maßnahmen, die zu einer Entspannung der Wohnsituation für die

breite Masse führen könnten.

Die kommunale Unterfinanzierung sowie Spardiktate, wie der in Göttingen beschlossene Zukunftsvertrag und das Entschuldungshilfeprogramm (EHP), stellen jedoch keine Verbesserung der Situation in Aussicht. Für Studierende bedeutet dies, dass sie oft mit Zwischenmietverträgen in ihr Studium starten, weit entfernt des Campus eine Wohnung suchen müssen oder zu Vorlesungsbeginn noch völlig ohne Dach über dem Kopf dastehen. Konkret fordern wir folgende Veränderungen zur Verbesserung der Wohnraumsituation:

■ Der verstärkte Ausbau von Wohnheimen in qualitativ und quantitativ angemessener Ausstattung und Zahl durch die öffentliche Hand sowie eine solide Finanzausstattung für die Kommunen.

■ Studierendenwerken muss in einem echten Hochschulpakt III mehr Geld für die soziale Infrastruktur bereitgestellt werden.

■ Das restriktive Vorgehen gegen Leerstände mit Mitteln wie einer Zweckentfremdungssatzung. Keine Profite mit der Miete!

■ Eigentum verpflichtet. Insbesondere die Sicherstellung von ausreichend Wohnraum gehört zur Deckung der

Grundbedürfnisse und erfordert staatliches Handeln statt eines kapitalistischen Wohnungsmarkt mit Gewinnern und Verlierern. Mit Wohneigentum kann man nicht machen, was man will.

■ Die Förderung von neuen Wohnformen wie Mehr-Generationen-Häusern, aber auch selbstverwaltetes Wohnen, Wohngenossenschaften und andere alternative Wohnarten sind förderungswürdige Wohn- und Lebensarten, die de facto selten mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Dies müssen wir ändern!

Da genau dies bislang nicht passiert, werden wir auch in Zukunft die Interessen junger Menschen immer und immer wieder an die Öffentlichkeit herantragen und sie gegenüber den staatlichen Einrichtungen und der Hochschule artikulieren. Faire Mieten und ausreichend staatlicher sowie privater Wohnraum in Form von Wohngemeinschaften oder auch Einzelapartments sind unser erklärtes Ziel. Dazu werden wir auch weiterhin die prekären Wohnverhältnisse kritisieren, an den entsprechenden Stellen problematisieren und an Lösungsansätzen mitarbeiten.

Wir sind gekommen um zu bleiben, also gebt uns eine Wohnung!

Wir brauchen eine echte BAföG-Reform!

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka hat eine Reform des BAföG angekündigt. Sie möchte die Altersgrenzen erhöhen und Teilzeitstudierenden eine Förderung ihres Studiums ermöglichen.

So weit, so unausgereift. Denn auch, wenn sie sagt, dass das BAföG derzeit an der Lebenswirklichkeit der Studierenden vorbeigehe, erkennt sie eben diese Lebenswirklichkeit durch die viel zu kleinschrittigen Veränderungen nicht an. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und das Deutsche Studentenwerk (DSW) haben nun 10 Eckpunkte zur Weiterentwicklung des BAföG beschlossen. Wir unterstützen

diese Forderungen und halten die Novellierung des BAföG für unabdingbar, um die soziale Öffnung der Hochschulen zu gewährleisten.

Die Juso-HSG Göttingen hält weiterhin an ihrer Forderung nach einem eltern- und altersunabhängigen sowie bedarfsgerechten BAföG fest. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle die Möglichkeit haben, ein Studium aufzunehmen, das in einem System des Lebenslangen Lernens eingebettet ist! Gerade Studierende aus Nicht-Akademiker*innenfamilien sehen sich dem Problem ausgesetzt, dass das BAföG zum Leben nicht ausreicht und die

Eltern keinen Anteil zu den Lebenshaltungskosten beitragen können. Zudem würde ein Antrag ausreichen, der aus den persönlichen Daten und einer Immatrikulationsbescheinigung besteht. Hiermit würde nicht nur Bürokratie abgebaut, sondern auch die formalen Hürden bei der Antragstellung entfallen, die Studierende, die das erste Mal ein BAföG-Antrag stellen wollen, unnötig abschrecken.

Langfristig fordern wir die Förderung durch den Staat zu einem Vollzuschuss auszubauen, um eine sozial gerechte Öffnung der Hochschulen in letzter Konsequenz zu ermöglichen.

REICHE ELTERN FÜR ALLE!



Die Juso-HSG im AStA

Drei Jahre konsequente Studierendenvertretung

Die Juso-HSG stellt mittlerweile seit drei Jahren in verschiedenen Koalitionen wieder den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA). Dies ist das höchste Gremium der studentischen Selbstverwaltung und wir vertreten dort eure studentischen sowie allgemeinen politischen Interessen. Dieses Jahr wird der AStA aus einer Koalition zwischen Juso-HSG, Grüner Hochschulgruppe (GHG) und ADF getragen. Die Juso-HSG besetzt das Finanz- sowie das Außenreferat und das Referat für Transparenz und Öffentlichkeit.

■ Finanzreferat

Im AStA sind wir daher dafür zuständig die Finanzen der Studierendenschaft zu führen und die Betreuung des Stilbrvchs, dem studentischen Veranstaltungskeller, zu übernehmen. Hierzu gehört auch die lange geplante Ausgründung des Stilbrvchs, um die etablierten Strukturen auch unabhängig von einer AStA-Koalition aufrecht zu erhalten.

■ Außenreferat

Das Außenreferat vertritt eure studentischen Interessen nicht nur vor Ort, sondern ebenfalls auf Landes- und Bundesebene. Hier sind wir innerhalb

der LandesAstenKonferenz Niedersachsen und im freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) e.V., dem studentischen Dachverband, organisiert. So konnten wir in Verhandlungen mit der rot-grünen Landesregierung die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren zum Wintersemester 2014/15 durchsetzen und eine Nacharbeitung in Bezug auf die Abschaffung der Langzeitstudiengebühren zur Mitte der Legislatur erreichen.

■ Transparenz und Öffentlichkeit

Das Referat für Transparenz und Öffentlichkeit kümmert sich hauptsächlich um die Veröffentlichungen und die Pressearbeit des AStA. Das Herausgeben der AStA-Info fällt ebenso wie das Geben von Interviews zu verschiedensten hochschulpolitischen Themen in diesen Bereich. Auch ein großer Teil der Betreuung von Erstsemesterstudierenden liegt im Verantwortungsbereich des Referats für Transparenz und Öffentlichkeit.

■ Kulturticket

Zusätzlich zu diesen Aufgaben wird in diesem Referat auch das Kulturticket verhandelt. Das Kulturticket wurde zum Wintersemester 2012/13 einge-

führt. Es bietet stark vergünstigten oder sogar kostenlosen Eintritt in verschiedenste Kultureinrichtungen in ganz Göttingen. Wir freuen uns, den Studierenden den Zugang zu einem vielfältigen Kulturleben vergünstigt zu ermöglichen.

Im AStA sehen wir das größtmögliche Potenzial studentische Interessen direkt zu vertreten und so als Hochschulgruppe unseren Zweck zu erfüllen, aktiv und politisch zu sein.

Impressum

Auflage: 2000

Druck: AktivDruck & Verlag Göttingen,
gedruckt auf Recyclingpapier

V. i. S. d. P.: Benjamin Söchtig

Kontakt:

Juso-Hochschulgruppe
c/o SPD-Stadtverband Göttingen
Nikolaistraße 30
37073 Göttingen

kontakt@linke-kraft.de
www.linke-kraft.de

www.twitter.com/JusoHSG_goe
www.facebook.com/JusoHSG.goe

Perspektive verloren? Strategieprozess der Uni Göttingen

Das Unipräsidium hat Anfang des Jahres vier Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit den Perspektiven der Universität und des Göttinger Campus für die Jahre 2020 bis 2025 beschäftigen. In den Arbeitsgruppen „Perspektiven 2020 – 2025“, „Profilbildung in Forschung und Lehre“ sowie „Management und Governance“ sind Vertreter*innen der Juso-HSG Mitglied.

Die Arbeitsgruppen haben ein gemeinsames Strategiepapier entwickelt, das abschließend auf der Klausurtagung am 2. Oktober beraten wurde. Die Juso-HSG ist der Ansicht, dass das erarbeitete Strategiepapier sehr allgemein gehalten ist und viele grundlegende Forderungen nicht enthalten sind.

Die Juso-HSG fordert die Erweiterung des Strategiepapiers um mindestens folgende Anforderungen:

- Die Einführung der Viertelparität nach Möglichkeit in allen zentralen Gremien und die absolute Mehrheit in den Studienkommissionen für die Statusgruppe der Studierenden
- Alle Anwesenheitspflichten abschaffen und dies in der allgemeinen Prüfungsordnung (APO) verankern
- Zulassungsbeschränkungen zu Studiengängen grundsätzlich abschaffen
- Teilzeitstudiengänge ermöglichen bzw. ausbauen
- Wir kritisieren die Einzelförderung

von begabten Studierenden, da wir das Leistungsprinzip ablehnen und gleiche Möglichkeiten für alle wollen, ein Studium aufzunehmen

- Wir kritisieren das Stiftungsmodell, welches aus unserer Sicht nach 10 Jahren gezeigt hat, dass es zu einer umfassenden Ökonomisierung der Hochschule geführt hat. Vor allem führt die Drittmittelwerbung dazu, dass Wissenschaft und Forschung nicht aufgrund wissenschaftlicher, sondern aufgrund wirtschaftlicher Kriterien, gefördert wird

Kernkompetenzen einer Hochschule sollten Studium und Lehre sein und nicht Wirtschaftlichkeit, Gewinnorientierung und die Bereitstellung von Humankapital.

Frauen in der Hochschulpolitik Her mit dem ganzen Leben!

Die Juso-HSG ist Teil eines feministischen Richtungsverbandes und hat es sich zum Ziel gesetzt, die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben. In unserer Gesellschaft sowie an der Hochschule werden Frauen immer noch benachteiligt. Sie erhalten weniger Lohn als Männer für die gleiche Arbeit und die Aufstiegschancen nehmen je nach Höhe der Position bei Frauen rapide ab. Dieses Gefälle und die Lohnunterschiede hängen nach wie vor mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen zusammen.

- **Doppelbelastung: Kinder, Studium, Nebenjob, Freizeit?**

Auch innerhalb der Juso-HSG stellt dies seit geraumer Zeit ein Problem dar. Die Anzahl der hochschulpolitisch aktiven Frauen ist auf ein Minimum gesunken. Dies hat zum einen gesellschaftliche Ursachen: Frauen beenden ihr Studium oft schneller als Männer, da sie diejenigen sind, die Kinder bekommen und daher oft schon während des Studiums einer anderen Lebensrealität ausgesetzt sind. Dies führt unter anderem

dazu, dass die Anzahl von Frauen, die ein Masterstudium aufnehmen deutlich geringer ist als die der Männer. Neben dem Studium bleibt so wenig Zeit für andere Interessen, da die meisten Studierenden auch noch mit einem Nebenjob belastet sind.

- **Feministischer Richtungsverband – da war ja was!**

Natürlich gibt es auch strukturelle Faktoren, die zur geringen Anzahl von Frauen innerhalb der Hochschulgruppe geführt haben. Daher haben wir uns



Du willst was verändern?

Mitmachen bei der Juso-HSG Göttingen!

Eine Erfahrung, die der überwiegende Teil der Erstsemesterstudierenden zu Beginn des neuen Wintersemesters machen wird: das Hineinfinden in den Uni-Alltag dauert seine Zeit und ist mit einigen Anstrengungen verbunden. Um möglichst schnell Anschluss und vor allem auch Abwechslung neben dem Studium zu finden, gibt es diverse Möglichkeiten sich in Göttingen an der Hochschule, aber auch außerhalb des Campus, zu engagieren.

Immer weniger junge Menschen sind in ihrer Freizeit ehrenamtlich und/oder politisch aktiv. Bei der Juso-HSG Göttingen ist beides möglich! Wir wollen Politik aktiv gestalten und endlich wieder die Belange der Studierenden an der Hochschule in den Mittelpunkt rücken.

■ Wer wir sind und was wir machen.

Die Juso-HSG Göttingen ist der Studierendenverband der Jusos und der SPD, verfolgt aber unabhängige, eigenständig entwickelte hochschulpolitische Ziele. Die Juso-Hochschulgruppen verstehen sich als sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband. Der demokratische Sozialismus ist Leitlinie und Ziel unseres politischen Handelns.

Zu den Grundsätzen der Juso-HSG Göttingen gehören außerdem Offenheit und Basisdemokratie. Wir sind gegen hierarchische Strukturen und treffen daher alle unsere Entscheidungen konsensorientiert.

Zu unserer kontinuierlichen, programmatischen Arbeit gehören:

- die konsequente Abschaffung der Studiengebühren
- die kritische Begleitung des Bologna-Prozesses
- die Forderung nach einer dauerhaften Verbindung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft
- die Öffnung der Hochschulen auch für beruflich qualifizierte
- die Förderung der Gleichstellungspolitik an Hochschulen
- der kontinuierliche Kampf gegen rassistisches, antisemitisches oder sonstiges menschenverachtendes Gedankengut an Hochschulen und in der Gesellschaft
- das Streiten für soziale Gerechtigkeit an der Hochschule
- die Beteiligung an Gremien der studentischen sowie akademischen Selbstverwaltung und somit die Vertretung von studentischen Interessen
- das Herausbringen unserer eigenen Publikation - der rotation

Wir treffen uns jeden Donnerstag um 20 Uhr im AStA (Rosa-Luxemburg-Haus, Goßlerstraße 16a) im Seminarraum im Erdgeschoss. Werde aktiv und komm zu einem unserer Neumitgliederabende am 31. Oktober oder am 14. November um 20 Uhr ebenfalls im Seminarraum des AStA.

Wir freuen uns auf euch!

nachhaltig mit männlich dominantem Redeverhalten auseinandergesetzt und die Struktur unserer Mitgliederversammlungen verändert, um diese möglichst niedrigschwellig zu gestalten. Um einen besonderen Schutzraum für Frauen zu gewährleisten, treffen wir uns außerdem jeden dritten Mittwoch im Monat gemeinsam mit den weiblichen Mitgliedern der Jusos Göttingen in angenehmer Atmosphäre um 20 Uhr im Café Kabale (Geismar Land-

straße 19). Hier ist Platz sich auszutauschen, einander kennenzulernen und um eigene inhaltliche Schwerpunkte zu diskutieren.

■ Komm doch vorbei

Du fühlst dich angesprochen und wolltest eigentlich schon immer mal bei der Juso-HSG vorbeischaun? Komm einfach vorbei! Infos zu unseren Neumitgliederabenden findest du weiter oben.



Du interessierst dich für Hochschulpolitik und möchtest dich einmischen?

Komm zu unserer

Mitgliederversammlung
jeden Donnerstag um 20 Uhr c.t.

oder

zu unseren **Infoabenden** am
30.10. und 14.11.
um 20h c.t.

im Rosa-Luxemburg-Haus
(AStA-Gebäude, Goßlerstr. 16a)



Veggie Day vs. Mettwoch

Im Laufe des Bundestagswahlkampfes entbrannte eine erbitterte Diskussion: die Grünen forderten einen Veggie Day wohingegen im Umfeld von SPD und Jusos die Stimmen nach einem „Mettwoch“, einem „Dönerstag“ oder anderen kreativen Fleischtag-Konstruktionen laut wurden.

Auch bei den Jusos hat diese Debatte zu Kontroversen geführt. So wurde argumentiert, dass es eine Selbstverständlichkeit sei, Lebensweise und Lebensgefühl von Anderen zu akzeptieren. Daher müsse der Konsum von Fleisch ebenso akzeptiert werden wie die vegetarische oder vegane Lebensweise.

Die Juso-Hochschulgruppen haben unlängst beschlossen den Fleischkonsum auf ihren Veranstaltungen weiter einzuschränken und nicht aktiv zu fördern. Die Debatte um Fleischkonsum wird im Verband regelmäßig und leidenschaftlich geführt. Die Erkenntnis, dass Massentierhaltung keine artgerechte Haltung ist, sollte dabei mittlerweile die meisten erreicht haben. Indem man sich fleischlos ernährt, kann man also zumindest die ideologische



Aussage „dieser Umgang mit Tieren passt mir nicht“ unterstreichen.

Aufgeworfen wurde innerhalb der Diskussion aber noch eine weitere These. Laut dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen leiden rund 870 Millionen Menschen an Hunger. Die Ursache des Hungers ist fast immer Armut und Armut entsteht, wenn Ressourcen ungleich verteilt werden. Laut der beschriebenen These ist die Wurzel dieser ungleichen Verteilung das kapitalistische System. Die Überwindung des Kapitalismus muss also letztendlich Forderung und

Diskussionsgegenstand der Juso-Hochschulgruppen sein. Fazit unter der These: wir sollten die Ursachen der Armut bekämpfen. Der individuelle Ernährungsstil ändert nichts am aktuellen Wirtschaftssystem.

Abschließend fiel innerhalb der Debatte insbesondere folgende Aussage ins Auge, die den Konflikt gut auf den Punkt bringt: „Ich will nicht, dass eine Mehrheit bestimmt was eine Minderheit essen soll und ich will nicht, dass eine Minderheit bestimmt, was eine Mehrheit essen darf.“

Jetzt erst recht!

Bildungsgerechtigkeit ist und bleibt unser Ziel – auch nach der Bundestagswahl

Die Stimmen sind ausgezählt und die Zusammensetzung des 18. deutschen Bundestages steht fest. Die CDU/CSU feiert einen Erdrutschsieg und entsendet mit 41,5% der Stimmen 311 Abgeordnete ins Parlament – verpasst damit die absolute Mehrheit nur knapp. Die SPD verbessert sich unwesentlich auf 25,7% und ist mit 192 Abgeordneten vertreten. Grüne und Linke verlieren und landen bei 8,4% bzw. 8,6% und 63 bzw. 64 Sitzen. Stimmungsaufhellend wirkt bei diesem Ergebnis lediglich die Tatsache, dass sowohl die liberale FDP als auch die rechtspopulistische AfD den Sprung über die 5-Prozent-Hürde nicht schaffen und sie somit die nächsten vier Jahre gewisser-

maßen zur „außerparlamentarischen Opposition“ gerechnet werden können.

Doch unter dem Strich ist dieses Ergebnis ernüchternd. Angela Merkel wird wohl Kanzlerin bleiben und sondiert nun mit SPD und Grünen, um eine Regierungskoalition bilden zu können. Wie sich die möglichen Juniorpartner verhalten werden, ob und wenn ja unter welchen Konditionen sie sich auf eine Zusammenarbeit mit der Union einlassen steht noch in den Sternen. Allerdings sind unsere Hoffnungen auf und Mühen für einen waschechten Politikwechsel vorerst zerschlagen. Fast fühlt man sich an die Zeit Konrad Adenauers zurückerinnert, wenn man

sich den scheinbar allgegenwärtigen Tenor innerhalb großer Teile der Gesellschaft vor Augen führt: Bloß keine Experimente! Die Fortsetzung eines politisch komatösen Zustands und ein Regieren mit Hängen und Würgen, das kaum klare Handschrift oder gar Anstrengungen für sozial ausgewogene und längst überfällige Maßnahmen und Investitionen erkennen lässt, könnte die Folge sein.

Aber nicht mit Uns! Wir wollen und wir werden weiter Druck machen für eine Welt, in der Bildung allen zu gleichen Teilen gut und barrierefrei zur Verfügung steht. In der die soziale Herkunft und das Portemonnaie der Eltern nicht ausschlaggebend sind für die Chancen

bei Bildung und Ausbildung. In der wir Studierende nicht stumpfsinnig Credits nachjagen, sondern frei unseren Horizont erweitern können. In der nicht Wirtschaftlichkeit und Verwertbarkeit von Humankapital entscheidende Maßstäbe sind, sondern autonomes und selbstständiges Leben und Lernen.

Die Abschaffung des unsinnigen Kooperationsverbotes, das dem Bund die dringend erforderliche finanzielle Unterstützung der Länder in puncto Bildung untersagt, die notwendige Aus-

weitung und Erhöhung der BAföG-Sätze, eine wirksame Mietpreisbremse und endlich Schaffung mehr staatlichen Wohnraums sowie kostenfreie Bildungseinrichtungen von der KiTa bis zur Uni – all diese wichtigen Vorhaben und noch viele andere stehen nun nach der Wahl auf der Kippe. Wir rufen als Juso-HSG die Verhandlungsführer eindringlich und nachdrücklich dazu auf die Bildungschancen junger Menschen und die Rahmenbedingungen jener Bildung endlich als eine Priorität zu begreifen!

Wir fühlen uns nach der Wahl daher nur noch weiter angespornt für genau diese Grundsätze und Ideale gemeinsam weiterzukämpfen! Wir werden uns weiter verbeißen in die alltäglichen Ungerechtigkeiten in unserem Bildungssystem und darüber hinaus. Denn schließlich muss auch nach dem 22. September vieles anders und alles besser werden. Dazu laden wir euch selbstverständlich herzlich ein aktiv mitzumachen und euch und eure Idee einzubringen!

Extremismus - eine Ideologie

Der Begriff des Extremismus taucht in der Umgangssprache immer wieder auf. In den Nachrichten ist dann von rechtsextremistischen Übergriffen oder linksextremistischem Vandalismus die Rede. Aber was genau bedeutet Extremismus und warum findet dieser Begriff so häufig Verwendung? Wann werden Einstellungen und Taten als extremistisch bezeichnet und wer entscheidet eigentlich darüber?

■ Unklare Definition

In der Informationsbroschüre des Bundesamts für Verfassungsschutz „Verfassungsschutz – Was wir für Sie tun“ heißt es zum Begriff des Extremismus auf Seite 3:

„Über den Begriff des Extremismus besteht oft Unklarheit – häufig wird er zu Unrecht mit Radikalismus gleichgesetzt. Radikale politische Auffassungen sind durch die Meinungsfreiheit in Art. 5 des GG geschützt und haben in unserer freiheitlichen Gesellschaft ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Vorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden – je-

denfalls nicht, solange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt. Der demokratische Rechtsstaat braucht kritikfähige Bürger, während er sich gegen Extremisten schützen muss und zwar nicht erst dann, wenn Straftaten begangen worden sind.“

Aus dem ersten Satz wird bereits ein entscheidender Punkt bei der Debatte über den Extremismus deutlich: Es gibt keine einheitliche und breit akzeptierte Definition des Begriffs. Zentraler Bestandteil ist jedoch offenbar die Akzeptanz der Grundprinzipien der Verfassungsordnung. Klingt einfach, aber wer entscheidet darüber? Letztlich die gleiche Behörde, die dann beginnt, vermeintliche Extremist*innen zu bespitzeln: der Verfassungsschutz selbst! Und was ist eigentlich mit jenen, die den im Grundgesetz verankerten Parlamentarismus durch ein basisdemokratischeres System ersetzen wollen, mit jenen, die meinen, dass das verfassungsmäßig garantierte föderale System (Art. 20 GG) auch starke Nachteile haben kann (bspw. im Bildungsbereich) oder was ist mit jenen, die meinen, dass die Ehe zwischen Mann und Frau (Art. 6 GG) eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen

Paaren und Menschen mit anderen Lebensentwürfen als der klassischen Ehe ist? Sind die extremistisch?

Diese Beispiele zeigen eins: So einfach geht es nicht. Der erste Satz zu Extremismus in der Wikipedia lautet: „Als Extremismus bezeichnen Behörden in Deutschland seit etwa 1973 politische Einstellungen und Bestrebungen, die sie dem äußersten Rand des politischen Spektrums zuordnen.“ Aus dem weiteren Artikel geht hervor, dass der Begriff vom Verfassungsschutz eingeführt worden ist, um die äußersten politischen Abweichungen von der politischen Mitte zu bezeichnen: Der Begriff fußt also auf dem Verständnis von Politik als einer Achse. Sie reicht von ganz links bis nach ganz rechts und in der Mitte ist – ja eben – die politische Mitte. Als solche ist sie ungefährdet jeder extremistischen Position.

■ Die herrschende Meinung ist immer auch die Meinung der Herrschenden

Das bedeutet, ob eine Position in den Augen des Verfassungsschutzes und seiner Definition extremistisch ist oder nicht, hängt davon ab, ob sie das vorherrschende politische System bejaht



oder verneint. Der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer formuliert das folgendermaßen:

„Da aber die Übereinstimmung der staatstragenden Gruppen über die Prinzipien der bestehenden Ordnung kein Maßstab für die Qualität einer solchen Ordnung sein kann, sondern nur eine Status-quo-Formel darstellt, ist Extremismus und Radikalismus, wie unsere eigene Geschichte lehrt, nicht von vornherein etwas Negatives. Die heutige staatstragende Mitte ist nämlich nichts anderes als das Ergebnis der linksradikalen Bewegungen von gestern und vorgestern. Da stets die herrschenden Gruppen die Bandbreite bestimmen, innerhalb derer sie politische Auffassungen tolerieren, muss bei radikalen Bewegungen und Ideologien stets auch nach dem Inhalt, dem politischen Ziel gefragt werden.“

Das heißt zusammengefasst: Moderne Demokratie ist der Linksextremismus vergangener Tage. Sie wich in unfassbarem Ausmaße von der politischen Mitte eines absolutistischen Königreichs ab. Wenn Verfassungsschutz und Politik heute gegen Extremismus vorgehen, tun sie dies aus dem selben Grund wie Monarchien, die demokratische Bewegungen unterdrückt haben: Sie bedrohen die Fundamente ihrer Herrschaft. Es handelt sich eben nicht bloß um andere Parteien, die womöglich verschiedene wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen haben, sondern um Organisationen, die das politische System, in dem solche Fragen gestellt werden, völlig neu aushandeln wollen. Für die Politiker*innen würde dies das Ende ihrer privilegierten und mächtigen Position bedeuten. Daher ist Extremismus auch keine wissenschaftliche Kategorie und im akademischen Feld vielmehr umstritten oder wird gänzlich abgelehnt. Sie stellt stattdessen eine Ideologie zur Sicherung der bestehenden Verhältnisse dar — eine Herrschaftsideologie!

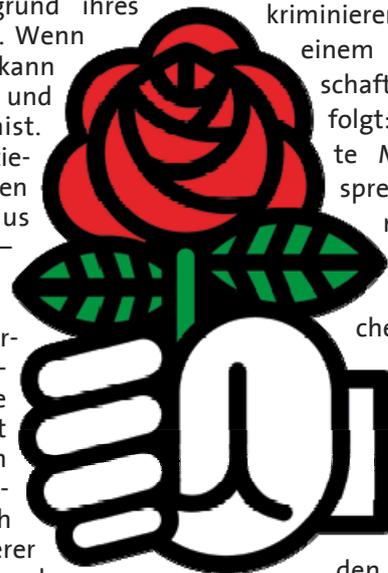
■ Extrem rechts, extremistisch, linksradikal — Auswege aus verwirrenden Begriffen

Der Grund, warum der Begriff Extremismus so häufig benutzt wird, liegt aber nicht nur darin, dass Regierungen, Parteien und Verfassungsschutz diesen stark in die Öffentlichkeit tragen und er von den Medien und den Bürger*innen aufgenommen und reproduziert wird. Häufig fehlen ihnen die Al-

ternativen, der Begriff des Extremismus bietet sich an, weil man dann scheinbar nichts zu erklären braucht. Man glaubt, mit den Bezeichnungen rechtsextrem beziehungsweise links-extrem hätte man die Organisationen, Menschen oder Aktionen, die man meint, ausreichend beschrieben. Wie die unklare Definition aber schon zeigt, ist das mitnichten der Fall. Stattdessen bieten sich Begriffe an, die sich auf die politische Programmatik beziehen. Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe ist rassistisch, aufgrund ihrer Nationalität nationalistic und aufgrund ihres Geschlechts sexistisch. Wenn ich einen Nazi meine, kann ich Nazi sagen — und nicht Rechtsextremist. Analog zum Demokratiebeispiel ist das Eintreten für Parlamentarismus parlamentaristisch — sollen hingegen alle Entscheidungen im Konsens getroffen werden ist das basisdemokratisch; und wer alle Formen von Herrschaft konsequent ablehnen möchte, ist anarchistisch. Damit ließe sich auch endlich ein weiterer entscheidender Missetand der Extremismusideologie verhindern: derjenige der guten Mitte. Ab 1933 waren all jene Attribute, die man heute mit Rechtsextremismus verbindet, nicht extrem (also am äußersten Rand), sondern wurden von einer großen Mehrheit der Deutschen (also der Mitte) geteilt. Die menschenverachtende Ideologie der Nationalsozialist*innen war kein Randphänomen. Mit solchen Begriffen ließen sich auch all jene Gesellschaftsdiagnosen abbilden, die in der Extremismus-Formel nicht abgebildet werden: Regelmäßig konstatieren verschiedene Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie einer Forschungsgruppe um den Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeier („Deutsche Zustände“), dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein weit verbreitetes Problem darstellt. Nahezu die Hälfte der deutschen Bevölkerung stimmt demnach rassistischen Aussagen zu, bis zu 30% sind der Meinung, dass Jüdinnen und Juden „die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil“ ausnützten. Belege aus zahlreiche weiteren Studien ließen sich anführen.

■ Extremismus bekämpfen — als Begriff!

Das alles zeigt: Der Extremismus-Begriff eignet sich nicht, um politische Organisationen zu klassifizieren. Er drückt nicht aus, welche Inhalte vermeintlich „extremistische“ Organisationen verfolgen und dient stattdessen den Herrschenden zur Sicherung der bestehenden Ordnung. Bei der Klassifizierung von gesellschaftlichen Missständen wie Rassismus oder Homophobie verschleiert er sogar latent diskriminierende Positionen, die von einem Großteil der Gesellschaft geteilt werden. Daraus folgt: Wenn man das nächste Mal von Extremismen sprechen möchte, sollte man darüber nachdenken, wem damit geholfen ist. Wer wirklichen Fortschritt möchte, wer eine Welt ohne Rassismus, Sexismus und alle anderen Formen von Diskriminierung möchte und dafür kämpft, kann auf den Extremismus-Begriff nicht nur verzichten, sondern sollte auch diesen aktiv bekämpfen: als Ausdruck einer reaktionären Ideologie.



Termine

Neumitgliederabende 31. Oktober und 14. November um 20 Uhr im AstA

Neueinsteiger*innen-Abend des Fachschaftsrates Sozialwissenschaften 5. November im Oeconomicum Raum 0.137

OpenUni 29. November bis 1. Dezember im Verfügungsgebäude (VG)

Aktionstage *gesellschaft macht geschlecht* 4. – 10. November

Rückmeldezeitraum 1. Dezember bis 31. Januar

Weihnachtsferien 21. Dezember 2013 bis 3. Januar 2014